

Anhörung von Sachverständigen
des Hauptausschusses
Keine Entmachtung der Landeszentrale für politische Bildung!
Anhörung des Hauptausschusses am 18. April 2024
Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/7198
am Donnerstag, dem 18. April 2024
10.00 Uhr bis (max.) 13.00 Uhr, E3 A02, Livestream

Fragenkatalog

16. Kampf gegen Antisemitismus:

Wie hat sich das Phänomen des Antisemitismus in der Gesellschaft seit dem 7. Oktober nach Ihrer Wahrnehmung verändert? Welche Herausforderungen für die Arbeit der politischen Bildung sind aus Ihrer Sicht damit verbunden?

Zu 16:

Am 7. Oktober 2023 griffen Hamas-Terroristen Israel an und töteten mehr als 1.400 Menschen in mehreren Massakern an Zivilisten. Fast 200 Menschen wurden zudem als Geiseln genommen und in den Gazastreifen verschleppt. Tausende Raketen wurden auf Israel abgefeuert. Seitdem sind die Angriffe unerbittlich fortgesetzt worden. Dies führte in Deutschland zu zahlreichen Solidaritätsbekundungen mit Israel, aber auch zu antisemitischen und terrorherrschenden Reaktionen. 994 antisemitische Vorfälle mit Bezug auf die Terroranschläge und Massaker der Hamas gegen Israel wurden vom Bundesverband RIAS zwischen dem 7. Oktober und 9. November 2023 dokumentiert.

Viele Juden in Deutschland haben familiäre Verbindungen zu Israel und haben am 7. Oktober Verwandte und Freunde verloren oder stehen in ständigen Kontakt mit ihren Verwandten und Freunden in Israel, die direkt von den Angriffen der Hamas auf die Zivilbevölkerung betroffen sind. Gleichzeitig wächst angesichts der Verherrlichung des Terrors und der Legitimierung der Morde und Entführungen bei Demonstrationen und in den sozialen Netzwerken die Sorgen um Antisemitismus. Viele Jüdinnen und Juden ergreifen Maßnahmen für ihre Sicherheit – sie wollen nicht als Jüdin bzw. Jude erkannt werden. Beispielsweise werden äußerlich sichtbare Symbole des Judentums aus ihren Häusern entfernt, wie z. B. Mesusot. Vorsichtshalber werden alltägliche Orte vermieden, Kinder nicht zur Schule geschickt und israelische Restaurants bleiben geschlossen.

Angesichts dieser Situation in Deutschland und weltweit hat der Bundesverband RIAS einen Monitoringbericht veröffentlicht: https://report-antisemitism.de/documents/2023-11-28_antisemitische_reaktionen_in_deutschland_auf_die_hamas-massaker_in_israel_2.pdf

Der Antisemitismus ist ein komplexes und vielschichtiges Phänomen, das leider in verschiedenen Formen und Ausprägungen in der Gesellschaft weiterhin existiert. Einige Herausforderungen im Umgang mit diesem Problem könnten sein:

1. Verbreitung von Stereotypen und Vorurteilen: Antisemitismus kann sich in Form von Stereotypen, Vorurteilen und Feindbildern manifestieren, die in der Gesellschaft verbreitet sind. Die politische Bildung muss sich daher mit der Aufklärung

über diese Stereotypen und Vorurteile befassen und Strategien zur Bekämpfung von Hass und Diskriminierung entwickeln.

2. Digitale Medien und soziale Netzwerke: Die Verbreitung von antisemitischen Inhalten und Verschwörungstheorien hat durch digitale Medien und soziale Netzwerke zugenommen. Die politische Bildung muss die Herausforderungen der digitalen Welt erkennen und Bürger dazu befähigen, kritisch mit Online-Inhalten umzugehen und Propaganda zu erkennen.
3. Erinnerungskultur und Geschichtsaufarbeitung: Die politische Bildung muss die Erinnerung an den Holocaust und die Geschichte des Antisemitismus wachhalten und die Bedeutung von Toleranz, Respekt und Menschenrechten vermitteln. Eine konsequente Geschichtsaufarbeitung und Erinnerungskultur sind entscheidend, um das Bewusstsein für die Folgen von Antisemitismus zu schärfen.
4. Interkulturelle Dialoge und Begegnungen: Interkulturelle Dialoge und Begegnungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen können dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und das gegenseitige Verständnis zu fördern. Die politische Bildung sollte daher Programme und Projekte zur Förderung des interkulturellen Austauschs und der Zusammenarbeit initiieren.
5. Partnerschaften und Kooperationen: Die Bekämpfung von Antisemitismus erfordert eine breite gesellschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaften zwischen Regierungen, Zivilgesellschaft, Bildungseinrichtungen, religiösen Gemeinschaften und anderen Akteuren. Die politische Bildung kann hier eine koordinierende Rolle übernehmen und den Austausch von Best Practices und die Zusammenarbeit fördern.

Insgesamt stehen politische Bildungseinrichtungen vor der Herausforderung, wirksame Strategien zur Bekämpfung von Antisemitismus zu entwickeln, die aufklärerisch, präventiv und integrativ sind. Es ist wichtig, dass politische Bildung als Instrument der Demokratieerziehung und Menschenrechtsbildung einen wichtigen Beitrag zur Sensibilisierung für Antisemitismus leistet und die Werte von Toleranz, Respekt und Vielfalt fördert.

Monitoring

Antisemitische Reaktionen auf den 07. Oktober

Antisemitische Vorfälle in Deutschland im Kontext
der Massaker und des Krieges in Israel und Gaza
zwischen dem 07. Oktober und 09. November 2023



Bundesverband RIAS e.V.

Bundesverband der Recherche- und
Informationsstellen Antisemitismus

Inhalt

| | |
|---|----|
| Einleitung | 1 |
| Datengrundlage | 2 |
| Antisemitische Vorfälle im Kontext der Massaker der Hamas und dem Krieg in Israel und Gaza | 3 |
| 29 Vorfälle pro Tag | 3 |
| Dynamisches Vorfalgeschehen: Antisemitische Vorfälle im Zeitverlauf | 4 |
| Politischer Hintergrund und antisemitische Erscheinungsformen | 6 |
| Neuer Alltag: Aktuelle Konfrontationen mit Antisemitismus | 8 |
| Antisemitische Vorfälle im Wohnumfeld | 10 |
| Antisemitische Vorfälle am Arbeitsplatz | 11 |
| Antisemitische Vorfälle an Bildungseinrichtungen | 12 |
| Antisemitische Vorfälle im ÖPNV | 13 |
| Antisemitische Konfrontationen online | 14 |
| Angriffe auf Gedenkveranstaltungen und Solidaritätsbekundungen | 16 |
| Antisemitische Versammlungen | 18 |
| Zeitlicher Verlauf | 18 |
| Inhaltliche Entwicklung | 20 |
| Politisch-weltanschaulicher Hintergrund | 21 |
| Fazit | 24 |

Einleitung

Seit dem 07. Oktober 2023 ist nichts mehr, wie es war. An diesem Tag griffen Hamas-Terroristen aus dem Gazastreifen Israel an und töteten in mehreren Massakern an der Zivilbevölkerung mehr als 1.200 Menschen. Über 240 Personen wurden in den Gazastreifen verschleppt. Tausende Raketen wurden auf Israel abgeschossen. Seitdem gehen die Angriffe ununterbrochen weiter. Am 28. Oktober startete die israelische Armee eine Bodenoffensive in Gaza mit dem Ziel, die Infrastruktur der Hamas zu zerstören und die Geiseln zu befreien. Seitdem verschob sich die mediale Aufmerksamkeit auf die Ereignisse in Gaza, wodurch die den Krieg auslösenden Massaker an der israelischen Zivilbevölkerung zunehmend in den Hintergrund traten.

In Deutschland kam es vor allem zu Beginn zu Solidaritätsbekundungen mit Israel, aber auch direkt zu antisemitischen und terrorverherrlichenden Reaktionen. So wurden bereits am Abend des 07. Oktobers in Berlin „From the River to the Sea, Palestine will be free“ Rufe dokumentiert. Die sprunghaft gestiegene Anzahl antisemitischer Vorfälle seit dem 07. Oktober bleibt seither auf einem hohen Niveau.

Für Jüdinnen_Juden hat das Aushandeln zwischen Sichtbarkeit und Sicherheit mit der Zäsur vom 07. Oktober eine neue Qualität erreicht. Jüdisches Leben in Deutschland ist seither weniger sichtbar. In ihrem Alltag sind Jüdinnen_Juden verstärkt mit Empathielosigkeit und Antisemitismus konfrontiert. Zudem berichten Jüdinnen_Juden vermehrt von antisemitischen Vorfällen durch Bekannte, aus der Nachbarschaft, an ihrem Arbeitsplatz oder an den Universitäten. Die Wirkung konkreter antisemitischer Erfahrungen verstärkt sich mit dem Schock und der Trauer nach dem 07. Oktober.

Vor dem Hintergrund dieser angespannten Lage in Deutschland und weltweit veröffentlicht der Bundesverband RIAS den vorliegenden zweiten Monitoringbericht, der die antisemitischen Vorfälle zwischen dem 07. Oktober und 09. November 2023 in den Blick nimmt.

Ein erster Bericht zu den antisemitischen Vorfällen zwischen dem 07. und 15. Oktober ist hier zu finden:

https://report-antisemitism.de/documents/2023-10-18_antisemitische_reaktionen_in_deutschland_auf_die_hamas-massaker_in_israel.pdf

Datengrundlage

Der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (Bundesverband RIAS) ist der Dachverband zivilgesellschaftlicher Meldestellen für antisemitische Vorfälle in Deutschland.

Seit dem 07. Oktober wurden den Meldestellen zahlreiche antisemitische Vorfälle in Deutschland geschildert, die sich im Kontext der Massaker der Hamas und dem Krieg in Israel und Gaza zutrugen. Der vorliegende Monitoringbericht ist der zweite seiner Art und gibt einen Überblick über die antisemitischen Vorfälle in diesem Kontext zwischen dem 07. Oktober und dem 09. November 2023. In ihn fließen Monitoringberichte und Vorfallmeldungen von RIAS Bayern, RIAS Berlin, RIAS Hessen, der Dokumentations- und Informationsstelle Antisemitismus Mecklenburg-Vorpommern (DIA. MV), RIAS Niedersachsen, RIAS Nordrhein-Westfalen, RIAS Saarland, RIAS Sachsen-Anhalt, der Landesweiten Informations- und Dokumentationsstelle Schleswig-Holstein (LIDA-SH), RIAS Thüringen sowie dem Bundesverband RIAS ein. Vorfälle, die sich in Bundesländern ohne regionale Meldestellen ereigneten, bearbeitet und dokumentiert der Bundesverband RIAS.

Die regionalen Meldestellen verzeichnen seit dem 07. Oktober ein erhöhtes Aufkommen an Meldungen antisemitischer Vorfälle. In die vorliegende Auswertung fließen alle antisemitischen Vorfälle im Kontext der Massaker der Hamas und dem Krieg in Israel und Gaza ein, die sich im Zeitraum zwischen dem 07. Oktober und dem 09. November ereigneten und bis zum 16. November um 18 Uhr verifiziert werden konnten. Hierunter sind auch eine Vielzahl von Nachmeldungen, die im ersten Bericht nicht berücksichtigt werden konnten (für den Zeitraum vom 07. bis 15. Oktober aktuell 90 Vorfälle, die erst nach der Veröffentlichung gemeldet und / oder verifiziert wurden). Einige der gemeldeten Vorfälle konnten bis Redaktionsschluss noch nicht abschließend verifiziert werden und fließen daher nicht in die Auswertung mit ein.

Antisemitische Vorfälle im Kontext der Massaker der Hamas und dem Krieg in Israel und Gaza

Im Zeitraum vom 07. Oktober bis zum 09. November 2023 sind den RIAS-Meldestellen bislang 994 verifizierte antisemitische Vorfälle in Deutschland bekannt geworden, die sich im Kontext der Massaker der Hamas und dem Krieg in Israel und Gaza ereigneten. Im Folgenden werden die Vorfälle analysiert und einige antisemitische Vorfälle exemplarisch beschrieben.

29 Vorfälle pro Tag

Die RIAS-Meldestellen dokumentierten im untersuchten Zeitraum sämtliche antisemitischen Vorfällttypen. So sind unter den 994 verifizierten antisemitischen Vorfällen 3 Fälle extremer Gewalt, 29 Angriffe, 72 gezielte Sachbeschädigungen, 32 Bedrohungen, 4 Massenzuschrift und 854 Fälle verletzenden Verhaltens (davon sind 177 Fälle antisemitische Versammlungen).

Deutlich wird: Antisemitische Vorfälle, die sich im Kontext der Massaker der Hamas und dem Krieg in Israel und Gaza ereigneten, sind vielfältig. Sie äußerten sich in Form von antisemitischen Schmierereien im öffentlichen Raum, antisemitischen Aussagen an Hochschulen, gezielten Sachbeschädigungen von Gedenkortern, Markierungen jüdischer Wohnungen bis hin zu Fällen extremer Gewalt. Unter extremer Gewalt versteht RIAS physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können sowie schwere Körperverletzungen, aber auch den bloßen Versuch solcher Taten. Ein solcher Fall ereignete sich am 18. Oktober in Berlin, als zwei Brandsätze auf ein jüdisches Gemeindezentrum geworfen wurden, indem neben einer Synagoge auch eine Schule und eine Kita untergebracht sind. Derartige Vorfälle sind nicht nur für die Jüdinnen_ Juden vor Ort bedrohlich, sie wirken auch auf die gesamte jüdische Community in Deutschland verunsichernd.

Rechnerisch ereigneten sich in den ersten 34 Tagen seit Kriegsbeginn 29 antisemitische Vorfälle pro Tag in Deutschland. Im Vergleich: 2022 waren es im Jahresdurchschnitt knapp sieben Vorfälle pro Tag. Somit liegt die Zahl im Berichtszeitraum um 320 % höher als im Jahresdurchschnitt 2022.

Antisemitische Vorfälle nach Vorfallstypen

| | | |
|-----------------------------|------------|-------------------------|
| extreme Gewalt | 3 | |
| Angriffe | 29 | |
| Bedrohungen | 32 | |
| gezielte Sachbeschädigungen | 72 | |
| Massenzuschriften | 4 | |
| Verletzendes Verhalten | 854 | 177 davon Versammlungen |
| Gesamt | 994 | |

Dynamisches Vorfalleschehen: Antisemitische Vorfälle im Zeitverlauf

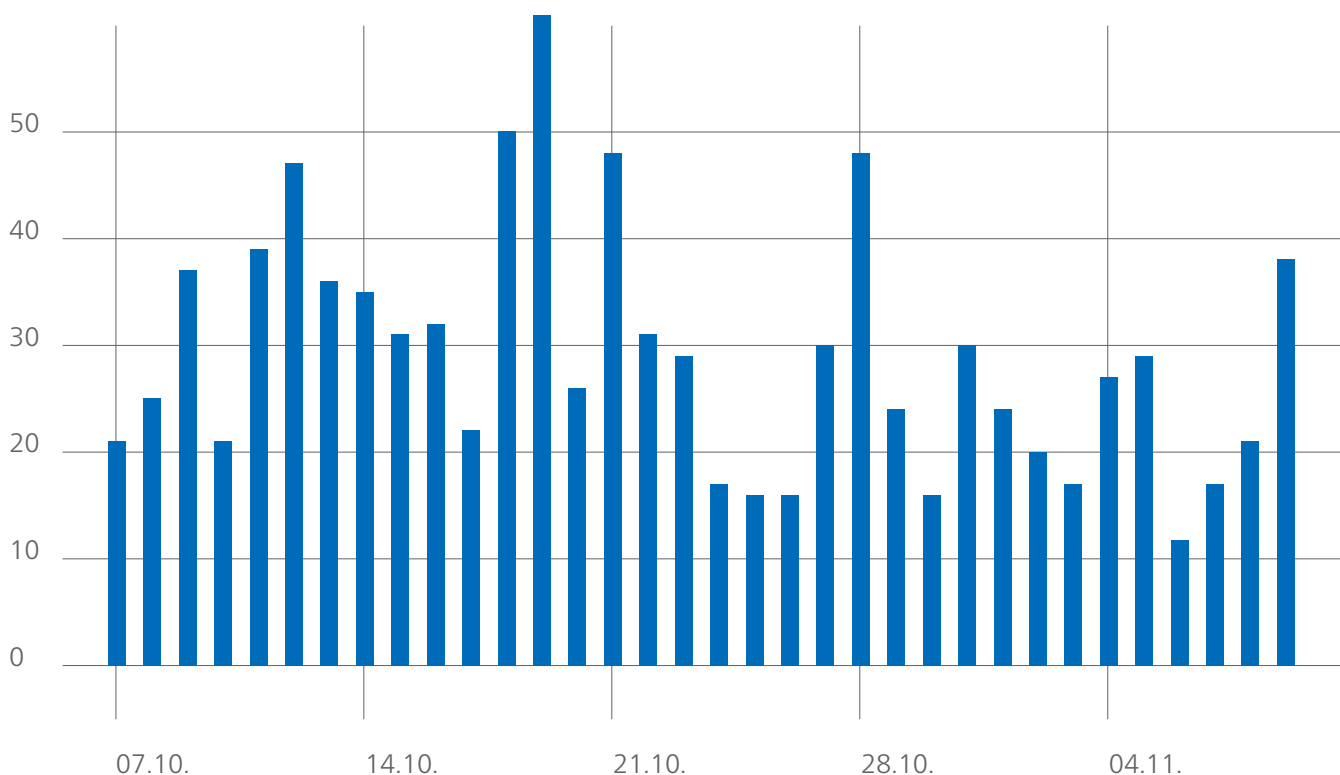
Der Blick auf die zeitliche Verteilung der antisemitischen Vorfälle verweist auf die hohe Dynamik des Vorfalleschehens und zeigt, dass bestimmte Anlässe das Vorfalleschehen nochmals verstärken.

Bereits am Tag der Massaker der Hamas an der israelischen Zivilbevölkerung, am 7. Oktober, ereigneten sich die ersten antisemitischen Vorfälle in Deutschland mit Bezug zu diesen. Auch zeigte sich, dass die Berichterstattung und die Desinformationen über die Explosion am Al-Ahli-Krankenhaus in Gaza am 17. Oktober einen Anlass boten, zu

Demonstrationen zu mobilisieren und sich antisemitisch zu äußern (mehr dazu im Kapitel Antisemitische Versammlungen). Auch am 09. November, dem 85. Gedenktag zur Erinnerung an die Novemberpogrome 1938, kam es zu antisemitischen Vorfällen, die im Kontext der Massaker der Hamas und dem Krieg in Israel und Gaza einzuordnen sind. So wurde eine Gedenkveranstaltung am 09. November in Göttingen, während die Geschichte von deportierten jüdischen Schüler_innen erzählt wurde, zweimal laut mit „Free Palastine“-Ausrufen gestört.

Allgemein lässt sich analytisch festhalten, dass exogene Faktoren, wie der palästinensisch-israelische Konflikt, verknüpft mit der organisierten Mobilisierung von Social-Media-Kampagnen und Versammlungen Gelegenheitsstrukturen etablieren, die antisemitische Täter_innen motivieren und damit Gewalt begünstigen. Die Gelegenheitsstruktur, die die Massaker der Hamas und der Krieg in Israel und Gaza für antisemitische Vorfälle darstellt, ist eine Rahmenbedingung, die antisemitisches Handeln ermöglicht oder wahrscheinlicher macht. Sie sind dabei nicht der Grund für antisemitische Äußerungen oder Handlungen, sondern bieten diesen lediglich einen Rahmen.

Antisemitische Vorfälle zwischen dem 07. Oktober und dem 09. November



Politischer Hintergrund und antisemitische Erscheinungsformen¹

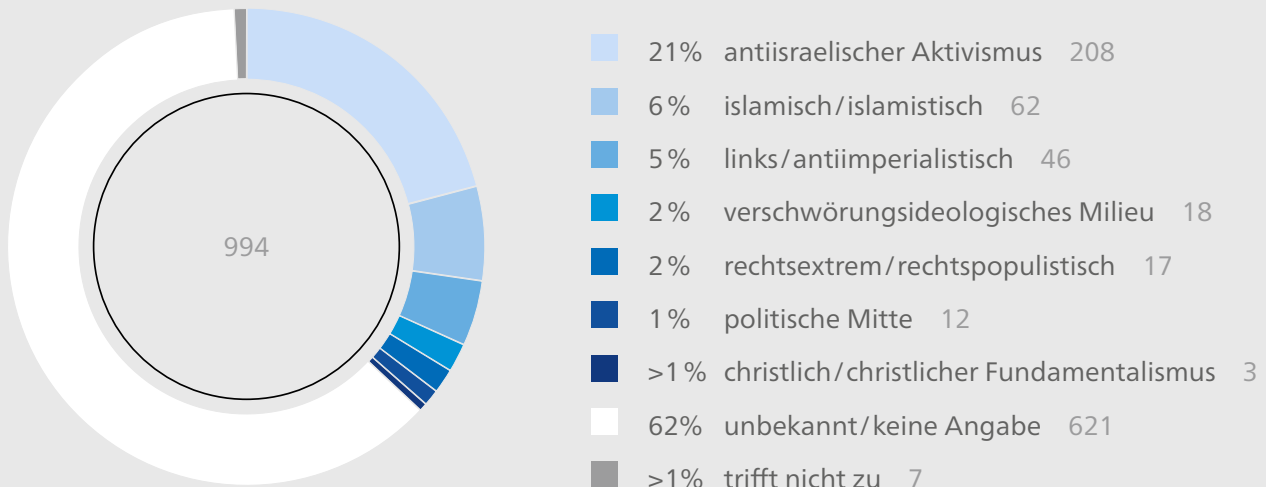
Die meisten Vorfälle, die RIAS einem politischen Hintergrund zuordnen konnte, entfielen auf den antiisraelischen Aktivismus. Hierunter fallen jene Vorfälle, die keinem anderen politischen Hintergrund eindeutig zugeordnet werden können und bei denen eindeutig die israelfeindliche Motivation gegenüber einer politischen Positionierung, wie beispielsweise im linken, rechten oder islamisch/islamistischen Spektrum dominiert.

Im analysierten Zeitraum wurde knapp jeder fünfte Vorfall (21 %) dem antiisraelischen Aktivismus zugeordnet. Weitere 6 % entfallen auf den islamisch/islamistischen Hintergrund. 5 % der Fälle wurden als links/anti-imperialistisch klassifiziert. Jeweils knapp 2 % entfallen auf den rechts-extremen und den verschwörungsideologischen Hintergrund. In 1 % der Fälle konnten Vorfälle der politischen Mitte zugeordnet werden und weniger als 1 % entfallen auf das christlichen/fundamentalistische Spektrum.

In 63 % war der politische Hintergrund unbekannt. Hierunter findet sich die ganze Bandbreite der Vorfallarten: sowohl Fälle extremer Gewalt als auch solche aus der Kategorie Verletzendes Verhalten. Dass antisemitische Vorfälle nicht nur von Personen mit einem erkennbaren politischen Hintergrund ausgehen, verstärkt bei Jüdinnen_Juden die Wahrnehmung, dass sie potentiell überall mit Antisemitismus konfrontiert werden können.

¹ RIAS unterscheidet insgesamt fünf inhaltliche Erscheinungsformen von Antisemitismus. Regelmäßig werden einzelne Vorfälle mehreren Erscheinungsformen zugeordnet, wenn dabei die entsprechenden Stereotype vorkommen.

Politischer Hintergrund antisemitischer Vorfälle



Der israelbezogene Antisemitismus prägte das Vorfalleschehen. Gleichzeitig wurden auch alle anderen inhaltlichen Formen von Antisemitismus dokumentiert, die RIAS unterscheidet.

Während der israelbezogene Antisemitismus in den meisten Vorfällen präsent war (87%), spielte das antisemitische Othering in knapp 21% eine Rolle und Post-Schoa-Antisemitismus in 23%. Stereotype des antijudaistischen Antisemitismus und jene des modernen Antisemitismus, wie beispielsweise antisemitische Verschwörungsmythen, wurden in jeweils 8% der Fälle dokumentiert.

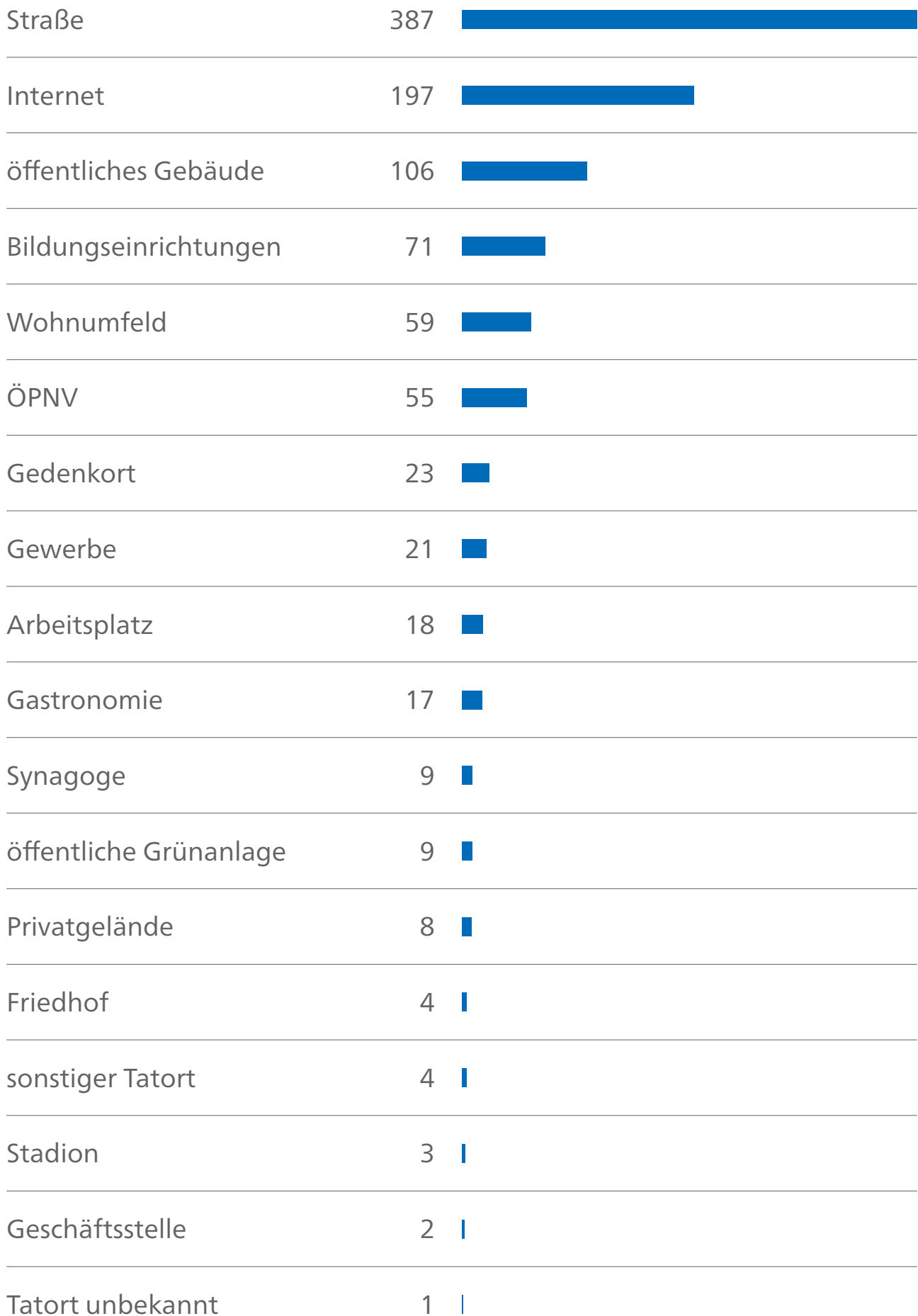
In einigen Vorfällen traten Erscheinungsformen verschränkt miteinander auf. Das ist beispielsweise der Fall, wenn Israel mit dem Nationalsozialismus verglichen wird, sich also israelbezogener Antisemitismus mit Post-Schoa-Antisemitismus verbindet (mehr dazu im Kapitel Antisemitische Versammlungen).

Neuer Alltag: Aktuelle Konfrontationen mit Antisemitismus

Unmittelbar mit dem 07. Oktober ergriffen Jüdinnen_Juden in Deutschland Maßnahmen zu ihrer Sicherheit. Viele schränkten ihre Sichtbarkeit ein – und tun dies immer noch – indem sie beispielsweise auf das Tragen von als jüdisch erkennbaren Symbolen verzichteten und auf der Straße kein Hebräisch mehr sprachen. Einige israelische Restaurants blieben in den ersten Tagen geschlossen oder schränkten ihre Erkennbarkeit ein, jüdische Kinder wurden vorsorglich nicht in Kitas und Schulen geschickt. Auch wenn Einrichtungen wieder geöffnet sind und alltägliche Aufgaben wieder wahrgenommen werden, bleiben die Sicherheitsmaßnahmen insbesondere an jüdischen Orten hoch und das (sichtbare) jüdische Leben ist weiterhin stark eingeschränkt. Es ist die Rückkehr in einen neuen Alltag.

Betroffene von Antisemitismus und insbesondere Jüdinnen_Juden werden an Orten, die sie in ihrem Alltag aufsuchen, mit Antisemitismus konfrontiert und erfahren diesen vermehrt auch von Bekannten, Nachbar_innen und Arbeitskolleg_innen. Im Folgenden werden sowohl Vorfälle an ausgewählten Tatorten als auch wiederkehrende antisemitische Ausdrucksformen, die im Kontext der Massaker der Hamas und dem Krieg in Israel und Gaza stehen, exemplarisch dargestellt.

Antisemitische Vorfälle nach Tatorten



Antisemitische Vorfälle im Wohnumfeld

Antisemitische Vorfälle, die sich im Wohnumfeld der Betroffenen ereignen, haben eine besonders negative Wirkung da sie das Sicherheitsgefühl an einem Ort erschüttern können, der nicht nur als Rückzugsraum fungiert, sondern ohne Wohnortswechsel auch nicht vermieden werden kann. Im Zeitraum vom 07. Oktober bis zum 09. November wurden 59 Vorfälle bekannt, die sich im Wohnumfeld von Betroffenen ereigneten. Das Wohnumfeld kann die eigene Wohnung sein, das Treppenhaus oder die unmittelbare Nachbarschaft. Die Vorfälle reichen von antisemitischen Schmierereien über abgelegte antisemitische Flugblätter, die Beschädigung einer aus dem Fenster gehängten Israelflagge bis hin zu körperlichen Angriffen.

17. Oktober, Gießen (Hessen)

Ein Israeli wurde an der eigenen Wohnungstür von zwei Männern aggressiv aufgefordert, seine am Balkon aufgehängte Israelflagge zu entfernen. Als er sich weigerte, beleidigten sie ihn antisemitisch. Bei dem Versuch, die Polizei zu informieren, entrissen sie ihm das Handy und verschafften sich Zugang zu seiner Wohnung. Die Männer nahmen die Israelflagge an sich und schlugen dem Betroffenen mit der Faust ins Gesicht.

30. Oktober, Potsdam (Brandenburg)

Als zwei Nachbarinnen bei der Meldenden klingelten, um sich über die Plakate am Haus zu beschweren, die auf die von der Hamas verschleppten Geiseln aufmerksam machten, kam es zu antisemitischen Aussagen. Die Frauen sagten, dass Israel ein Terrorstaat sei und die Medien Lügen verbreiten würden. Schließlich leugneten sie die Massaker der Hamas.

Besonders bedrohlich wirken Markierungen, bei denen Wohnhäuser mit beispielsweise Davidsternen und Hakenkreuzen versehen und so als jüdisch markiert werden. Dies erinnert an die Kennzeichnungspraxis im Nationalsozialismus, als vor allem jüdische Geschäfte mit Davidsternen markiert wurden. Das massive Auftauchen derartiger Markierungen stellt eine neue Qualität dar, die die RIAS-Meldestellen in diesem Ausmaß vor dem 07. Oktober nicht dokumentiert haben. In den meisten Fällen handelt es sich hierbei um antisemitisches Othering, das heißt, die Betroffene werden

aufgrund einer (angenommenen oder tatsächlichen) Zugehörigkeit zum Judentum als nicht zugehörig zur jeweiligen imaginierten Wir-Gruppe adressiert.

31. Oktober, Berlin

Neben einem Hauseingang wurde eine antisemitische Markierung in der Form eines Davidstern angebracht.

Antisemitische Markierung in Berlin.

Foto: RIAS Berlin.



Antisemitische Vorfälle am Arbeitsplatz

Den RIAS-Meldestellen wurden auch Vorfälle bekannt, die sich am Arbeitsplatz der Betroffenen ereigneten oder von Arbeitskolleg_innen ausgingen. So kam es beispielsweise zu gezielten Sachbeschädigungen an Arbeitsplätzen oder Jüdinnen_Juden sollten sich in Gesprächen mit Kolleg_innen für das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung rechtfertigen.

24. Oktober, Erfurt (Thüringen)

Bei einem Feierabendgetränk unterhielten sich Arbeitskolleg_innen über die Situation in Israel als eine Person sagte, dass Israel ein Apartheidsstaat sei und gezielt Krankenhäuser in Gaza bombardiere.

02. November, Duisburg (Nordrhein-Westfalen)

Auf dem Boden vor dem Atelier eines jüdischen Künstlers wurden Zettel mit der israelischen Flagge ausgelegt. Die Zettel waren mit der Aufforderung versehen: „Tretet darauf auf die Flagge, spuckt darauf, verbrennt die Flagge: Free Palestine.“

Antisemitische Vorfälle an Bildungseinrichtungen

In dem untersuchten Zeitraum wurden den RIAS-Meldestellen 71 Vorfälle an Bildungseinrichtungen bekannt, die im Kontext der Massaker der Hamas und dem Krieg in Israel und Gaza stehen. Auch hier ist die Betroffenheit vielfältig. So werden Kinder, Jugendliche, aber auch Erwachsene mit antisemitischen Vorfällen konfrontiert. Für einige ändert sich der Kontakt zu Arbeitskolleg_innen, für andere steht die Frage im Raum, die Schule zu wechseln oder das Studium zu pausieren. Unter den Vorfällen an Bildungseinrichtungen sind 37 Fälle an Hochschulen. Dort kam es vermehrt zur Verbreitung von antiisraelischer Propaganda.

23. Oktober, Frankfurt (Hessen)

Auf einer Toilettentür in einem Gebäude der Universität wurde die Schmiererei „Free Palestine from Zionists!“ angebracht. Zudem wurde ein Davidstern und der Schriftzug „Save Israel“ zerkratzt und unkenntlich gemacht.

31. Oktober, Rheinland-Pfalz

Ein jüdischer Schüler wurde am selben Tag in drei verschiedenen Situationen von verschiedenen Mitschüler_innen antisemitisch angesprochen. Ein Mitschüler sagte beispielsweise drohend zu ihm: „Deine Familie in Israel wird sterben, Israel wird untergehen“.

08. November, Oldenburg (Niedersachsen)

Als ein Mann, der auf dem Gelände der Universität antisemitische Flyer verteilte, aufgefordert wurde, das zu unterlassen, rief er „Zionisten sind Mörder“ und sagte etwas von Meinungsfreiheit und Rassismus. In dem Flyer wurde der Verschwörungsmythos bedient, dass Zionist_innen für den Nationalsozialismus verantwortlich seien. Zudem wurden Zionist_innen als „Teufelskinder“ beschrieben. Bereits am 13. Oktober waren an der Universität antisemitische Flyer gefunden worden.

Antisemitische Vorfälle im ÖPNV

Teil des alltagsprägenden Charakters von Antisemitismus ist es, dass er Betroffenen in ganz alltäglichen Situationen begegnet, in denen sie unerwartet konfrontiert werden. Seit dem 07. Oktober wurden 55 Vorfälle im öffentlichen Personennahverkehr bekannt, die sich im Kontext der Massaker der Hamas und dem Krieg in Israel und Gaza ereigneten.

11. Oktober, Göttingen (Niedersachsen)

Eine Jüdin hörte im Zug von Göttingen nach Hannover, wie sich eine Gruppe über die Terrorangriffe der Hamas auf Israel unterhielt und dabei laut sagte: „You should gas the jews“.

19. Oktober, Gransee (Brandenburg)

Eine Gruppe von Jugendlichen lief durch die Regionalbahn und grölte mehrmals „From the River to the Sea“, „Free Palestine“ und „Allahu Akbar“. Einer der Männer hob dabei seine geballte Faust.

02. November, Kiel (Schleswig-Holstein)

An einer Bushaltestelle wurde ein Plakat mit einem blutverschmierten Davidstern angebracht. Die bildliche Darstellung wird so vor allem vom rechten/rechtsextremen Spektrum verbreitet. Ähnliche Flyer wurden an mehreren Orten in Kiel und ebenfalls in Niedersachsen dokumentiert.

Antisemitisches Plakat in Kiel.

Foto: Meldung an LIDA-SH.



Antisemitische Konfrontationen online

Jeder fünfte Vorfall ereignete sich online. Dabei erfasst RIAS Antisemitismus im Internet nur dann als Vorfall, wenn dieser direkt an bestimmte Personen oder Institutionen gerichtet ist. Antisemitismus auf Social-Media-Plattformen, in E-Mails oder Direktnachrichten haben auf die Betroffenen häufig eine ähnlich einschneidende Wirkung wie antisemitische Vorfälle von Angesicht zu Angesicht.

Dem Internet kommt aktuell auch deshalb eine besondere Rolle zu, da Bilder der Massaker und Angriffe der Hamas im digitalen Raum weltweit verbreitet werden. Vor allem am 7. Oktober und kurz danach teilten die Täter grafische Aufnahmen ihrer Taten, mitunter auch über Social Media an die Angehörigen der Ermordeten oder Entführten. Zahlreiche Opfer wurden über dieses Video- und Bildmaterial identifiziert. Durch die Verbreitung ihrer Gräueltaten über die Sozialen Netzwerke erweitern die Terroristen den Kreis der direkt Betroffenen und schüren Trauer und Angst bei Jüdinnen_Juden in und außerhalb Israels.

Zehn von elf antisemitischen Bedrohungen online, die RIAS für den Zeitraum vom 07. Oktober bis zum 09. November dokumentiert hat, gehen mit Gewalt- und Vernichtungsfantasien bis hin zu Morddrohungen einher. Dabei wurde teilweise explizit auf die Massaker der Hamas Bezug genommen. Insgesamt lässt sich beobachten, dass Betroffene dann online antisemitisch angegangen wurden, wenn sie über die Massaker der Hamas sprachen, antisemitische Posts kritisierten oder auf die gestiegenen Zahlen von Antisemitismus außerhalb Israels hinwiesen. Häufig gingen die antisemitischen Vorfälle mit einer Täter-Opfer-Umkehr in Bezug auf die Massaker der Hamas, einer Dämonisierung Israels und Gewaltfantasien gegen vermeintliche Zionist_innen sowie mit der Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus einher. Jüdinnen_Juden in Deutschland werden dabei immer wieder für die Handlungen Israels verantwortlich gemacht.

05. November, Bayern

Eine Person erhielt per WhatsApp eine Nachricht von einem Bekannten, in der antisemitische Verschwörungsmythen zum 07. Oktober verbreitet wurden. So hieß es, dass der 07. Oktober eine „false flag des satanischen und zionistischen Weltregierung“ [sic] sei.

06. November, Niedersachsen

Eine Jüdin teilte in einer Instagram-Story einen Beitrag, in dem eine Reise-warnung für Israelis ausgesprochen wurde, und erhielt darauf folgende Nachricht: „Your death is near, pigs“ mit einem Emoji der palästinensische Flagge und einem Zeigefinger.

06. November, Bayern

Ein Jude erhielt auf Instagram ein Foto per Direktnachricht, auf dem rote Handabdrücke abgebildet und „Your hands are bloody!“ sowie „#ceasefireNOW“ zu lesen waren.

Angriffe auf Gedenkveranstaltungen und Solidaritätsbekundungen

Bundesweit kam es zu Angriffen auf Solidaritätsbekundungen mit dem Staat Israel, Israelis sowie Jüdinnen_Juden. So wurden allein 140 Vorfälle bekannt, bei denen Israelflaggen, die unter anderem an Rathäusern, Bildungseinrichtungen oder im Wohnumfeld angebracht worden waren, beschädigt oder entwendet wurden.

18. Oktober, Halle (Saale) (Sachsen-Anhalt)

Eine Gedenktafel für den rechtsextremen Terroranschlag an Jom Kippur 2019 und eine gehisste Israelflagge wurden beschädigt. Die Israelflagge wurde ab- und zerrissen.

07. November, Göttingen (Niedersachsen)

Während einer Solidaritätskundgebung für Israel kam es zu einer Reihe von antisemitischen Aussagen. Unter anderem sagte jemand im Vorbeigehen, dass alle Anwesenden vergast gehörten.

09. November, Altenkirchen (Rheinland-Pfalz)

Das Fenster der Wohnung eines nichtjüdischen Paares, das in Solidarität mit Israel neben einem Davidstern eine Israelflagge aufgehängt hatte, wurde beschädigt. Unbekannte warfen einen Gegenstand gegen das Fenster, das Glas riss. Eine Person war zu dem Zeitpunkt in dem Raum, wurde aber nicht verletzt.

Gezielte Beschädigung eines Fensters in Rheinland Pfalz.



Auch Aktionen, die auf die von der Hamas Ermordeten sowie der nach Gaza verschleppten Geiseln aufmerksam machen, wurden gestört und antisemitisch adressiert. So wurden etwa in Freiburg Mitglieder der jüdischen Gemeinde beim Anbringen von Plakaten mit Fotos der Geiseln antisemitisch beschimpft. Insgesamt wurden den RIAS-Meldestellen allein 45 Vorfälle bekannt, in denen solche Plakate mutwillig entfernt oder beschädigt wurden. Diese Zerstörung befördert bei Jüdinnen_Juden das Gefühl einer empathielosen Umgebung und Entsolidarisierung und wird von RIAS als eine Affirmation der antisemitischen Gewalt vom 7. Oktober gewertet.

21. Oktober, Weimar (Thüringen)

An einer Litfaßsäule wurden Plakate mit Fotos der von der Hamas entführten Menschen mit dem Satz „Alle Juden lügen“ überschrieben.

03. November, Berlin

Auf ein Plakat, das auf eines der nach Gaza verschleppten Kinder aufmerksam machte, wurde der Schriftzug „Zionist Propaganda“ angebracht.

Beschmieres Plakat einer israelischen

Geisel in Berlin.

Foto: Nikolas Lelle.



Antisemitische Versammlungen

Für den Zeitraum zwischen dem 07. Oktober und 09. November 2023 erfasste RIAS 177 Versammlungen als antisemitische Vorfälle. RIAS dokumentiert Versammlungen als Fälle antisemitischen verletzenden Verhaltens, wenn es auf ihnen zu antisemitischen Äußerungen kommt oder wenn antisemitische Inhalte auf Schildern, Flyern oder in Reden verbreitet werden.

Die dokumentierten Versammlungen unterschieden sich hinsichtlich des politischen Hintergrunds der Organisator_innen und Teilnehmer_innen sowie in Form, Umfang und in ihrer jeweiligen Dynamik. Als regionale Schwerpunkte haben sich Nordrhein-Westfalen (34), Niedersachsen (24), Bayern (24), Berlin (23), Hessen (19) und Baden-Württemberg (18) herauskristallisiert.

Zeitlicher Verlauf

Die Analyse des Versammlungsgeschehens im genannten Zeitraum zeigt eine dynamische Situation. Es fanden kleinere Kundgebungen sowie einzelne größere Demonstrationen mit über 10.000 Menschen statt. Die Zahl der Demonstrierenden unterlag starken Schwankungen, abhängig von Mobilisierungsbemühungen, staatlichen Repressionen sowie der Verbreitung antiisraelischer Desinformation.

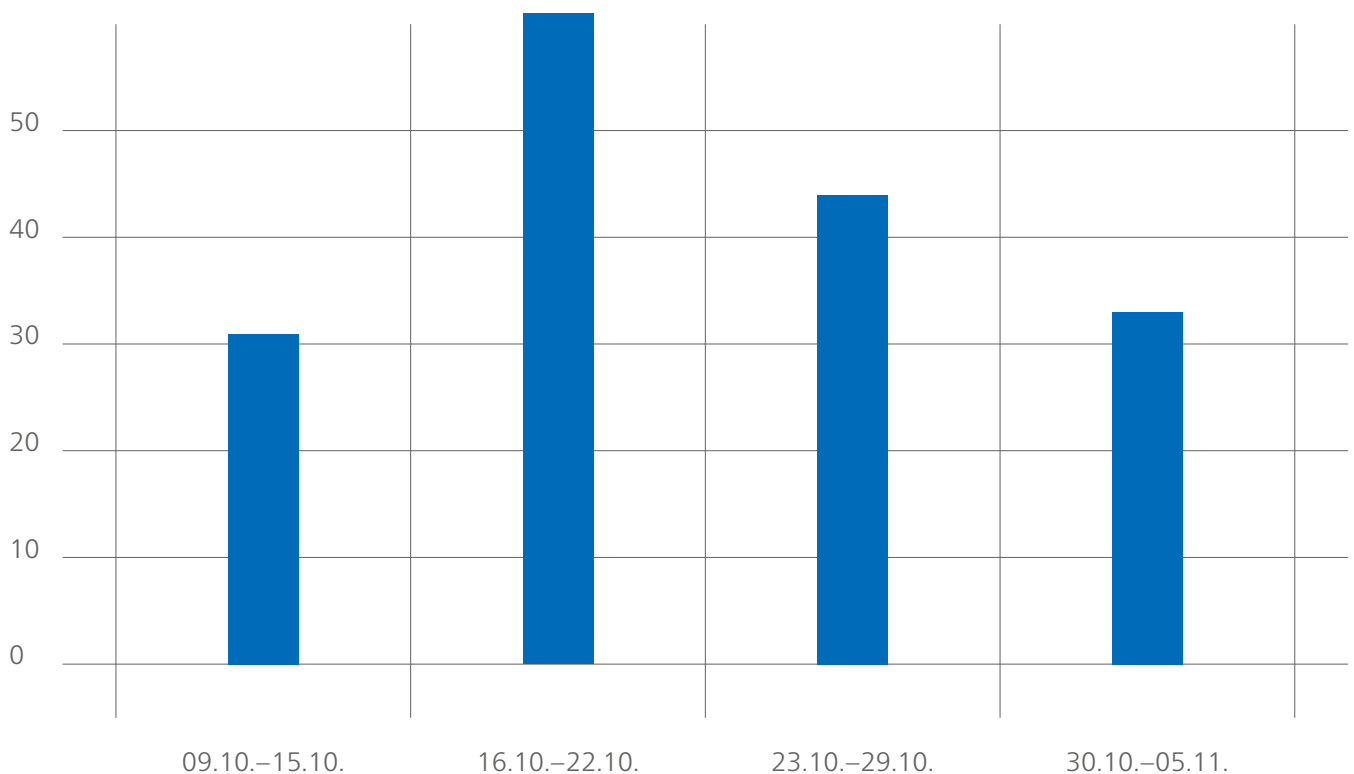
Ein sprunghafter Anstieg von Versammlungen, auf denen antisemitische Inhalte artikuliert wurden, war zu beobachten, nachdem am 17. Oktober ungeprüft eine Nachricht der Hamas auch durch öffentlich-rechtliche Medien verbreitet wurde. Demzufolge habe eine israelische Rakete das Al-Ahli-Krankenhaus in Gaza-Stadt getroffen und 500 Menschen getötet. Flankiert wurde diese Meldung durch Desinformation auf nationalen und internationalen antiisraelischen Accounts in den sozialen Medien.

Wurden RIAS in der Woche vom 09. Oktober bis 15. Oktober noch 31 antisemitische Versammlungen bekannt, so stieg diese Zahl in der Woche vom 16. Oktober bis 22. Oktober, nachdem die Falschmeldung über das Krankenhaus am 17. Oktober verbreitet worden war, sprunghaft auf

61 antisemitische Versammlungen an. In der Folgewoche vom 23. Oktober bis 29. Oktober ging die Zahl wieder leicht auf 44 antisemitische Versammlungen zurück, um zwischen dem 30. Oktober bis 05. November mit 33 antisemitischen Versammlungen wieder ein ähnliches Niveau wie in der ersten Woche zu erreichen. Mit dem Beginn der israelischen Bodenoffensive am 28. Oktober war zwar erneut ein punktueller Zuwachs an antisemitischen Versammlungen zu verzeichnen, der jedoch quantitativ deutlich hinter dem Anstieg nach dem 17. Oktober zurückblieb.

Daran zeigt sich, dass die mediale Verbreitung antiisraelischer Desinformation das antisemitische Versammlungsgeschehen intensiviert und sich somit unmittelbar negativ auf die Sicherheit von Jüdinnen_Juden im öffentlichen Raum auswirkt – sie hat eine wesentlich stärkere Auswirkung auf die Mobilisierung zu antisemitischen Versammlungen, als das tatsächliche Vorgehen der israelischen Armee.

Antisemitische Versammlungen nach Wochen



Inhaltliche Entwicklung

Nach der ungeprüften Verbreitung der Meldung der Hamas über das Al-Ahli-Krankenhaus am 17. Oktober waren auch Veränderungen der auf antiisraelischen Versammlungen artikulierten Inhalte bemerkbar. Diese changierten in der Frühphase noch zwischen Verherrlichung der Massaker der Hamas als „Widerstand“ oder aber deren Leugnung.

Mit dem 17. Oktober wurde darüber hinaus die Darstellung israelischer Militäroperationen als „Genozid“ dominant und die Forderung nach „Frieden“ oder „Ceasefire now“ wurde laut. Gleichzeitig waren auf den betreffenden Versammlungen weiterhin gewalt- und terrorverherrlichende Inhalte zu beobachten, die in einem offenen Gegensatz zu der Forderung nach „Frieden“ standen, von den Versammlungsleitungen aber oftmals nicht unterbunden wurden oder werden konnten.

Die Gleichzeitigkeit von Forderungen nach Frieden einerseits und Parolen die Gewalt propagieren oder die Israel das Existenzrecht absprechen andererseits, ist auch weiterhin auf einer Vielzahl von Versammlungen sichtbar.

Die Darstellung israelischer Militäroperationen als „Genozid“ wurde zudem oftmals weiter zugespitzt und ging mit geschichtsrevisionistischen Analogien zwischen der aktuellen Situation in Israel und dem Nationalsozialismus einher. So kam es häufiger zu Verschränkungen von israelbezogenem mit Post-Schoa-Antisemitismus.

Ein Fall von Post-Schoa-Antisemitismus auf einer Versammlung in Frankfurt am Main am 21.10.2023.

Foto: RIAS Hessen.



Dementsprechend war Post-Schoa-Antisemitismus die zweithäufigste Erscheinungsform von Antisemitismus, die RIAS auf Versammlungen beobachten konnte (71 von 177). Wenig überraschend war mit 174 von 177 Vorfällen der israelbezogene Antisemitismus die am häufigsten dokumentierte Form. Hinzu kommen der antijudaistische Antisemitismus (40), moderner Antisemitismus (25) sowie antisemitisches Othering (9).

Selbst nachdem die Falschmeldung zum Krankenhaus durch die Medien teilweise korrigiert worden war, waren kaum Veränderungen der auf Versammlungen artikulierten Inhalte zu beobachten. Allerdings waren ab diesem Zeitpunkt zunehmend Ressentiments gegen die Medien zu vernehmen. Hier sind beispielsweise die Parole „Deutsche Medien lügen, lasst euch nicht betrügen!“ oder „Lügenpresse“-Rufe zu nennen. Bisweilen wurden mit Rufen wie „Judenpresse“ oder „Zionistenpresse“ offen Stereotype des modernen Antisemitismus bedient, wonach ‚die Juden‘ die Medien kontrollieren würden. In besonders krassen Fällen schlug sich die hier umrissene Pressefeindlichkeit in Angriffen auf Journalist_innen nieder, welche die Versammlungen begleiteten.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

Im Hinblick auf den politischen Hintergrund versammelten sich auf den verschiedenen Veranstaltungen Teilnehmer_innen aus unterschiedlichen Spektren.

Die meisten antisemitischen Versammlungen wurden dem antiisraelischen Aktivismus zugeordnet (120). An solchen Versammlungen nahmen neben Organisationen, die sich in erster Linie der Verbreitung antiisraelischer Inhalte verschreiben, auch Gruppen und Akteur_innen aus anderen Spektren teil. So traten trotz aller sonstiger Unterschiede Akteur_innen aus dem links/antiimperialistischen sowie dem islamisch/islamistischen Spektrum, teilweise aber auch aus dem verschwörungsideologischen Spektrum gemeinsam bei antiisraelischen Versammlungen auf. Darüber hinaus registrierte RIAS 22 Versammlungen mit islamisch/islamistischem Hintergrund, sowie 14 mit links/antiimperialistischem

und 8 mit verschwörungsideologischem Hintergrund als antisemitische Vorfälle. Insgesamt 13 antisemitische Versammlungen konnten von RIAS keinem politischen Hintergrund zugeordnet werden.

Im Folgenden werden exemplarisch einige der zwischen dem 07. Oktober und 09. November 2023 dokumentierten, antisemitischen Versammlungen beschrieben:

09.10.2023, Stuttgart (Baden-Württemberg)

Auf einer antiisraelischen Versammlung wird neben der Parole „From the river to the sea – Palestine will be free“ auch kurzzeitig die islamistische Parole „Khaibar, Khaibar, ya yahud“ (auf Deutsch, vollständig: „Khaibar, Khaibar, oh Juden, erinnert euch an Khaibar, die Armee Mohammeds kehrt zurück.“) gerufen.

14.10.2023, Braunschweig (Niedersachsen)

Auf einer antiisraelischen Versammlung legitimierte ein Vertreter der links-antiimperialistischen Gruppe „Young Struggle“ das Massaker der Hamas am 07. Oktober und sagte unter anderem über die Ermordeten:

„die wohnen guten Gewissens wenige Meter von einem Open-Air-Gefängnis mit über zwei Millionen Gefangenen, das sich Gaza nennt. Das sind nicht einfach Zivilisten – das sind koloniale Siedler, die nun, da die Unterdrückten die Mauer einreißen und im Krieg gegen ihre Unterdrücker treiben, der Wahrheit ins Gesicht gucken müssen. Die Befreiungskämpfe gegen Kolonialismus haben nie anders ausgesehen.“

21.10.2023, Berlin

Aus einer antiisraelischen Versammlung heraus, die durch Kreuzberg und Neukölln zog, wurden Journalist_innen wiederholt als „Judenpresse“ und „Zionisten“ markiert und beleidigt.

31.10.2023, Chemnitz (Sachsen)

Auf einer verschwörungsideologischen Versammlung sagte eine Rednerin von der Bühne bezüglich der Solidaritätsbekundungen mit Israel durch die Bundesregierung u.a.: „Und wenn mir irgendjemand kommt von wegen die Deutschen haben irgendeine Schuld an den Juden zu begleichen.“

Die Schuld ist schon lang abgegolten, wie lang denn noch! Es reicht! Es reicht!“ Zwischendurch stellte sie antisemitische Suggestivfragen an das Publikum: „Wer regiert die Welt, das Geld und wer hat das Geld?“ sowie „Wer darf nicht kritisiert werden?“

In Ihrer Rede führte sie später weiter aus: „Wir, ich hoffe die Deutschen auch und Migranten, wie ich es bin, wollen niemals mehr ein Volk tolerieren, das sich selbst als das auserwählte Volk sieht. Und so auch betitelt, und deswegen sich einbildet weltweit alles erlauben zu können. Immer ständig nur das Opfer – das ist jetzt vorbei. Wir werden kritisieren, weil wir sind alle gleich und wir sind alle auserwählt. Und wer das anders sieht, packt eure Sachen, raus aus Deutschland.“

04.11.2023, Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen)

Auf einer antiisraelischen Versammlung wurden mehrfach auf Plakaten und Transparenten die Kriegsmaßnahmen in Gaza mit der Schoa gleichgesetzt:

- „!! Rettet Anne Frank!! – Die Kinder in Palästina haben keinen Stift und kein Buch aber ein Recht auf eine Kindheit in Sicherheit und Frieden – Wir sind alle Menschen“
- “One Holocaust does not justify another one”
- „Etnische Säuberung, Massaker, Genozid, Kindermord, Holocaust, Apartheid = Selbstverteidigung“ [sic]
- „Liebe Zionisten, hört auf das zu tun was ihnen im 2ten Weltkrieg widerfahren ist!“ [sic]
- Auf einem Plakat wird eine Analogie zwischen Mordpraktiken in NS-Ver-nichtungslagern (Abbildung eines Duschkopfs mit der Jahreszahl 1933) und der aktuellen Situation in Gaza (Abbildung einer Bombe mit der Jahreszahl 2023) gezogen, dazu die Aussage „Stop the crime“ und „Wo ist der Unterschied?“

Ein antisemitisches Transparent bei einer Versammlung in Düsseldorf am 4.11.2023. Auf dem Plakat wird der Krieg in Gaza mit der Schoa gleichgesetzt.

Foto: Antifa Infoportal Düsseldorf



Fazit

Der 07. Oktober und die darauf folgenden antisemitischen Reaktionen haben für viele Jüdinnen_Juden eine neue Realität geschaffen. Während für Teile der Mehrheitsgesellschaft nach der anfänglichen Anteilnahme ein normaler Alltag weiterging, ist der neue Alltag von Jüdinnen_Juden in Deutschland geprägt von erhöhten Sicherheitsmaßnahmen, antisemitischen Vorfällen und der weiterhin großen Sorge vor den weiteren Entwicklungen in Israel und Gaza.

Die Verunsicherung und die Angst um die Sicherheit von Angehörigen in Israel ist angesichts des dynamischen Kriegsgeschehens konstant hoch. Die Gewissheit, in Israel im Ernstfall einen sicheren Hafen zu finden, wurde am 7. Oktober 2023 erschüttert wie nie zuvor. Vor diesem Hintergrund wirken sich den Terror der Hamas verherrlichende und legitimierende Äußerungen hierzulande aktuell besonders negativ auf das Lebensgefühl von Jüdinnen_Juden aus.

Bereits am ersten Tag der Terrorangriffe auf Israel kam es in Deutschland zu antisemitischen Vorfällen. Diese gehen von unterschiedlichen politischen Spektren aus, auch wenn der antiisraelische Aktivismus das Vorfalleschehen dominiert. Der Antisemitismus zeigt sich vielfältig. So wird Israel die Schuld an den Angriffen gegeben, eine Täter_innen-Opfer-Umkehr betrieben und der Staat als Ganzes dämonisiert und delegitimiert. Jüdinnen_Juden in Deutschland werden für die Politik Israels verantwortlich gemacht. Und auch diejenigen, die sich gegen den Terror der Hamas positionieren und sich mit Israel und der israelischen Zivilbevölkerung solidarisieren, werden antisemitisch angegangen.

Gleichzeitig zeigt die mediale Verbreitung von Desinformation Auswirkungen, beispielsweise auf die Mobilisierung zu antisemitischen Versammlungen, und wirkt sich somit unmittelbar negativ auf die Sicherheit von Jüdinnen_Juden im öffentlichen Raum aus.

Viele der 994 antisemitischen Vorfälle zwischen dem 07. Oktober und 09. November ereigneten sich im Wohnumfeld, auf Social-Media-Plattformen, an Bildungseinrichtungen, am Arbeitsplatz. Betroffene sind häufig gar nicht in der Lage, diese potenziellen Bedrohungssituationen zu vermeiden, ohne ihre jüdische Identität zu verbergen. Berichte, beispielsweise davon, dass Jüdinnen_Juden den Hochschulen fernblieben, verdeutlichen das Ausmaß, wie die Massaker der Hamas und der Krieg in Israel und Gaza den Alltag von Jüdinnen_Juden in Deutschland prägen.

Wenn ihr Zeug_innen antisemitischer Vorfälle seid oder von diesen selbst betroffen – meldet diese unter report-antisemitism.de!

Impressum

Herausgeber:

Bundesverband der Recherche- und
Informationsstellen Antisemitismus e.V.
(Bundesverband RIAS)

Gleimstraße 31, 10437 Berlin
Telefon: 030 / 817 98 58 18
presse@rias-bund.de

V. i. S. d. P.:

Benjamin Steinitz, Bundesverband RIAS

Redaktion:

Bundesverband RIAS e.V.

Urheberrechtliche Hinweise © Copyright 2023 Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (Bundesverband RIAS). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nicht kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Herausgeber behält sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Herausgebers gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

Haftungsausschluss: Die Informationen in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernimmt der Herausgeber keine Gewähr.

Das Projekt wird aus Mitteln des Bundes gefördert (Programm „Demokratie leben!“, BMI).